

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 22.11.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch Vorlage: FB5/0676/2017/1	4
3 Haushaltsentwurf 2018 sowie Finanzplanung 2019 bis 2021	5
4 Anträge	25
4.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2017 zum Schutz des Vogelbestands auf Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: DezIII/0182/2017	25
5 Anfragen	26
5.1 Anfrage der SPD Fraktion vom 17.11.2017 zur Beleuchtung auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz Vorlage: FB5/0093/2017	26
6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	26
7 Termin der nächsten Sitzung: 06. Februar 2018	26
8 Verschiedenes	26
8.1 Verkehrssicherung auf der Uerdinger Straße	27
8.2 Bushaltestelle an der Reha-Klinik Richtung Osterath	27
8.3 Lichtsignalanlage nach der Ausfahrt der A44	27
8.4 Parkplatz am Bahnhof Osterath	27
8.5 Duschen im meerbad	28
8.6 Leitplanken gegenüber der Autobahnausfahrten von der A44	28

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Erster stellv. Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Franz-Josef Jürgens

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Dieter Schmolli

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Detlev Horn Dezernat III

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Anke Hartl Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Hoppe

Herr Franz-Josef Jürgens

Ratsmitglied

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmall

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er bittet die Ausschussmitglieder um ihr Einverständnis, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

- 5.1: Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.11.2017 zur Beleuchtung auf dem Dr.Franz-Schütz-Platz
- 9: Freihändige Vergabe zur Herstellung einer Bushaltefläche am Bahnhof Osterath, Endstelle SB 52 im nicht-öffentlichen Teil zu erweitern.

Er verweist auf die zugehörigen Tischvorlagen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden einvernehmlich zu.

Weiterhin verweist er auf die Tischvorlagen zu TOP 3 Haushaltsberatung. Die Fraktionsanträge sind sortiert nach der Reihenfolge der vom Bau- und Umweltausschuss zu behandelnden Produkte. Er bittet darum, diese Reihenfolge zur besseren Übersicht einzuhalten.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es erfolgt keine Wortmeldung.

2 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch Vorlage: FB5/0676/2017/1

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz einen gebührenpflichtigen Parkplatz einzurichten. Die Bewirtschaftung wird mittels Parkscheinautomaten erfolgen. Die Gebühren sollen 1,- € pro Stunde betragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen öffentlichen Parkplätzen und in welcher Form im Umfeld des Dr.-Franz-Schütz-Platzes die Einführung einer gestaffelten Parkscheibenregelung notwendig ist.
3. Elektrisch betriebene Fahrzeuge werden von den Parkgebühren auf öffentlichen Stellplätzen befreit.
4. Carsharing Fahrzeuge werden von den Parkgebühren auf öffentlichen Stellplätzen befreit.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzung zu erstellen und die Umsetzung (Parkscheinautomaten, Beschilderung) vorzubereiten.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den ruhenden Verkehr nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung engmaschig zu kontrollieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	14	3	0

An dieser Stelle beraten die Ausschussmitglieder auch den Änderungsantrag der Fraktion CDU/Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.11.2017 zum Haushaltsentwurf zur Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz. (s. Antrag Nr. 44)

Seniorenbeauftragter Hepner schlägt vor, die Verwaltungsmitarbeiter, die am Dr. Franz-Schütz-Platz und im Rathaus tätig sind, von der Gebühr zu befreien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass diese Ausnahmeregelung nicht möglich sei. Es werden 90 Dauerparkplätze eingerichtet, für die die monatliche Gebühr 45,-€ betragen solle. Diese könnten auch Verwaltungsmitarbeiter nutzen.

Nach kurzer Diskussion besteht Einvernehmen darüber, dass die Parkgebühren nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagen 0,50 € pro Stunde, sondern 1,00 € betragen sollen. Auf einen Tageshöchstsatz soll verzichtet werden, die Höchstparkdauer jedoch wie bisher 3 Stunden betragen, um Dauerparken zu verhindern.

Ratsherr Gabernig fragt, ob in den vorgesehenen Umkreis von 200 - 300 m um den Dr. Franz-Schütz-Platz auch der Hallenbadparkplatz falle. Es sei wichtig, dafür zu sorgen, dass die Besucher des meerbades kostenfrei parken können, wohin gegen Dauerparken unterbunden werden müsse.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass für diesen Bereich eine praktikable Lösung erarbeitet werde, falls hier Ausweichparkverkehr stattfinden sollte.

3 Haushaltsentwurf 2018 sowie Finanzplanung 2019 bis 2021

Zur Beratung liegen dem Bau- und Umweltausschuss vor:

- der Entwurf des Haushaltes 2018 sowie die Finanzplanung 2019 bis 2021,

- als Tischvorlagen:
 - gemeinsame Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 - Anträge der SPD-Fraktion,
 - Anträge der FDP-Fraktion,
 - Anträge der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei,
 - Anträge der UWG-Fraktion.

Die Fraktionsanträge wurden zwecks besserer Übersicht für die heutige Sitzung als Tischvorlage nach der Reihenfolge innerhalb der Haushaltsprodukte entsprechend dem Entwurf des Haushaltes geordnet und numeriert.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Fraktionsanträge nach Produkten und eine Veränderungsliste mit Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind als Anlagen erkennbar.

Während der anschließenden Beratungen ruft der Vorsitzende die Fraktionsanträge entsprechend der Produktfolge auf.

Dez III - Umwelt und Klimaschutz

Produkt 110.537.010 – Abfallentsorgung, Seiten 481 - 484

Nr. 1: Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7.110 010 01 7831 0000 – Unterirdische Papierkörbe / Wertstoffcontainer – (Seite 483) von 0 € um 45.000 € auf 45.000 € zu erhöhen.

Es soll die Neuanlage unterirdischer Papierkörbe / Wertstoffbehälter an der Schulstraße / Ecke Hauptstraße errichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh begründet den Antrag damit, dass der Standort Schulstraße / Ecke Hauptstraße aufgrund seiner zentralen Lage in der Nähe verschiedener Geschäfte stark in Anspruch genommen werde.

Frau Frey erläutert, dass der Bau- und Umweltausschuss im April 2017 ein Konzept zur Errichtung unterirdischer Wertstoffbehälter beschlossen habe. Darin sei der dieser Standort nicht vorgesehen.

Eine Prüfung habe ergeben, dass für die Errichtung Bäume gefällt werden müssten und drei Parkplätze entfallen würden.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass diese Problematik nicht bekannt gewesen sei.

Nr. 2: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die VE bei dem Konto 7.110 010 01 7831 0000 – Unterirdische Papierkörbe / Wertstoffcontainer – (Seite 483) von 45.000 € um 45.000 € auf 0 € zu reduzieren. Die Finanzplanung 2019 wird von 90.000 € auf 0 €, die Finanzplanungen 2020 und 2021 werden von 45.000 € auf 0 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Meffert erinnert an das im April 2017 beschlossene Konzept und ist der Meinung, dass dieses zu einer Verbesserung des Stadtbildes hinsichtlich der Sauberkeit führe.

Frau Frey erklärt, dass 2019 weitere unterirdische Container errichtet werden würden. Deren Standorte seien der Parkplatz an der Josef-Kothes-Str. in Strümp und am Hallenbad in Büderich.

Herr Fiebig erläutert, dass in 2018 eine VE in Höhe von 45.000 € veranschlagt sei, damit für den Baubeginn 2019 die Auftragserteilung 2018 erfolgen könne. Für den zweiten Standort seien sowohl Auftragserteilung als auch Errichtung für 2019 geplant.

Produkt 110.537.020 – DSD Duales System Deutschland, Seiten 485 - 487

Nr. 3: Hinweis der FDP-Fraktion:

Bei dem Konto 5444.0000 – Sonstige Steuern – (Seite 485) muss die Finanzplanung 2020 nicht 190.000 €, sondern 19.000 € lauten.

Produkt 140.561.010 - Umweltschutz, Seiten 613 – 616

Nr. 4: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto XX den Ansatz 2018 von 0 € auf 5.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Keiser erläutert, dass der Betrag dafür vorgesehen sei, ein rechtliches Gutachten über die Möglichkeiten der Verhinderung des praktizierten Flachstartverfahrens NADP 2 erstellen zu lassen.

Ratsherr Meffert hält es für sinnvoll, die Reaktion auf den gestern von der Bürgermeisterin in die Fluglärmkommission eingebrachten Antrag auf Änderung des Startverfahrens von NADP 2 in NADP 1, abzuwarten.

Ratsfrau Niegeloh berichtet, dass einige Flughäfen, wie beispielsweise Hamburg und Frankfurt in ihren Handlungsanweisungen das NADP 1 Startverfahren festlegten. Sie vertritt die Meinung, dass man darauf hinwirken solle.

Ratsherr Schönauer erklärt, dass es nicht die Angelegenheit der Stadt Meerbusch sei, ein Gutachten zur Überprüfung eines Gesetzes erstellen zu lassen.

Sachkundiger Bürger Müller erläutert, dass im Frankfurter Raum einige Gemeinden derartige Gutachten erstellen lassen hätten und dieses bei der Durchsetzung des Startverfahrens hilfreich gewesen sei.

Nr. 5: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 613) den Ansatz 2018 von 146.000 € um einen angemessenen Betrag zu erhöhen, um laufend die Luftqualität im Stadtgebiet messen zu können.

Technischer Beigeordneter Assenmacher schlägt vor, dass die Verwaltung auf die zuständigen Behörden zugehe und dort die Möglichkeiten der Feinstaubmessungen erfrage.

Frau Frey berichtet, dass das LANUV in der Vergangenheit Messungen durchgeführt habe. Es seien keine Überschreitungen der Grenzwerte in Meerbusch festgestellt worden. Mit dem der Stadt Meerbusch zur Verfügung gestellten Programm, würden regelmäßig, unter Berücksichtigung den aktuel-

len Verkehrszahlen, mögliche Schadstoffbelastungen berechnet, über deren Ergebnisse in einer der folgenden Sitzungen berichtet werden könne.

Daraufhin zieht Herr Keiser den Antrag zurück.

Nr. 6: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 613) den Ansatz 2018 von 146.000 € um 10.000 € auf 156.000 € zu erhöhen um die mobile Messstation 27 Am Roten Kreuz in Büberich bis mindestens Ende 2018 in Betrieb zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Keiser trägt den Antrag vor und fragt, ob der Flughafen die Ergebnisse aus den Messstellen zur Verfügung stellt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, beim Flughafen anzufragen, ob die Rohdaten zur Verfügung gestellt werden und den Ausschuss über die Antwort zu informieren.

Nr. 7: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 613) den Ansatz 2018 von 146.000 € um 60.000 € auf 86.000 € zu reduzieren.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 8: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 613) den Ansatz 2018 von 146.000 € um 60.000 € auf 86.000 € zu reduzieren.

Der Antrag wird zurückgezogen.

DEZ III – Service Immobilien

Produkt 010.111.140 - Technisches Gebäudemanagement, Seiten 141 – 151

Nr. 9: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5215.2000 – Größere Instandsetzungsmaßnahmen – (Seite 141) den Ansatz 2018 und die Finanzplanungen 2019 bis 2021 pauschal um 10% zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	14	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 10: Beschlussantrag der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.010 120 45 XXXX XXXX – Ausbau umweltfreundlicher Energieerzeugung – (Seite 143) den Ansatz 2018 von 0 € auf 100.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Klein berichtet, dass in früheren Jahren einige Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energien durchgeführt wurden. Derzeit bestünden kaum noch Möglichkeiten, auf städtischen Gebäuden Photovoltaikanlagen zu installieren. Es gebe bereits sechs Photovoltaikanlagen und drei Bürgersolaranlagen.

Ratsherr Gabernig bittet die Verwaltung darum, zu prüfen, ob der städtische Bauhof sich für die Installation einer Photovoltaikanlage eigne. Er weist darauf hin, dass die wbm im privaten Bereich diese Anlagen fördere.

Nr. 11: Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 010 120 47 7851 0000 - Barrierefreie Besuchertoiletten Friedhof – (Seite 143) von 0 € auf 10.000 € zu erhöhen.

Herr Klein erklärt, dass auf dem Friedhof in Osterath bereits eine behindertengerechte Toilettenanlage vorhanden sei. Die Beschilderung, damit diese leichter gefunden wird, werde verbessert.

Darauf hin wird der Antrag zurückgezogen.

Nr. 12: Gemeinsamer Beschlussantrag der SPD-Fraktion und der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Vorbehaltlich der Zustimmung des Kulturausschusses, beschließt der Bau- und Umweltausschuss, bei dem neuen Konto 7 110 121 05 7851 0000 – Eingangsbereich Forum Wasserturm – (Seite 144) den Ansatz 2018 von 0 € auf 300.000 € und die VE von 0 € auf 160.000 € zu erhöhen. Die Finanzplanung 2019 wird von 0 € auf 160.000 € erhöht. Die Finanzplanung 2020 wird von 0,- € auf 130.000 € erhöht. Damit ergibt sich eine Gesamtausgabe von 520.000 €.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	13	3	1

Ratsherr Meffert führt aus, dass ein ähnlicher Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden sei. Darauf hin erklärt sich Ratsfrau Niegeloh einverstanden, den Beschlussantrag der SPD-Fraktion wie o.a. zu ändern.

Produkt 010.111.150 - Infrastruktur und kaufmännisches Gebäudemanagement, Seiten 153 – 158

Zu diesem Produkt liegt kein Antrag vor und es erfolgen keine Wortmeldungen.

Produkt 010.111.080 - Serviceleistungen Baubetriebshof, Seiten 105 – 117

Nr. 13: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5241 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung der baulichen Anlagen – (Seite 105) den Ansatz von 795.000 € pauschal um 10% zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 14: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei den Konten 7 010 1111 080 7831 0000 und 7832 0000 – Bürgerwünsche – (Seite 107) den Ansatz von 5.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig begründet den Antrag und fragt nach einer Auflistung der durchgeführten Maßnahmen im Jahr 2016.

Herr Betsch berichtet, dass im Jahr 2016 von 10.000 € 6.100 € verbraucht wurden, im Jahr 2017 bis jetzt 5.400 €. Dafür wurden Dog-Stations, Abfallbehälter und Bänke installiert.

Ratsherr Meffert befürwortet, dass es ein Budget zur Erfüllung von Bürgerwünschen gebe. Dieses sei ein positives Signal und die Möglichkeit zu einer unbürokratischen Erledigung kleiner Maßnahmen.

Nr. 15: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 010 051 07 – Kastenwagen FB6 Vermessung – (Seite 110) die VE von 55.000 € auf 0 € zu reduzieren und die Finanzplanung 2019 ebenfalls auf 0 € zu reduzieren.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass das Altfahrzeug nicht mehr über den TÜV gebracht werden könne und deshalb eine Neubeschaffung nötig sei.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 16: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Antrag, bei dem Konto 7 010 051 10 – Kunstrasenplatz Am Eisenbrand – (Seite 110) den Ansatz von 540.000 € auf 0 € zu reduzieren, an den Ausschuss für Schule und Sport zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Fiebig räumt ein, dass es sich bei der Bezeichnung des Kontos im Haushaltsplan und einen Tippfehler handle. Die richtige Bezeichnung laute „Neubau Kunstrasenplatz Am Eisenbrand“.

Ratsherr Schönauer vertritt die Meinung, das Sportstättenkonzept abzuwarten. Vorher sollte kein Beschluss über Einzelmaßnahmen befasst werden.

Ratsfrau Neukirchen schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Schule und Sport zu verweisen.

Nr. 17: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Antrag, bei dem Konto 7 010 051 12 – Theodor-Mostertz-Sportanlage - Remise – (S. 111) den Ansatz von 79.000 € auf 0 € zu reduzieren, an den Ausschuss für Schule und Sport zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass durch den Neubau des Vereinsheims des TSV-Meerbusch die vorhandene Remise zurückgebaut werden musste und es nun an ausreichend Möglichkeiten fehle, die Pflegegeräte der Sportanlage und der Grünkolonne Lank witterungsgeschützt unterzustellen. Aus Effizienzgründen sei eine dezentrale Bereitstellung der Geräte sinnvoll. Herr Bettsch ergänzt, dass es auch wichtig sei, dass der Traktor für den Winterdienst gut untergestellt werde.

Ratsfrau Neukirchen schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Schule und Sport zu verweisen.

Nr. 18: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 02 - Ausgleichsmaßnahmen K9n – (Seite 589) die VE von 218.000 € auf 0 € und die Finanzplanung 2019 von 218.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 19: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 02 - Ausgleichsmaßnahmen K9n – (Seite 589) die VE von 218.000 € auf 0 € und die Finanzplanung 2019 von 218.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Sachkundiger Bürger Keiser trägt den Antrag vor.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der B-Plan neu erstellt werde und im 1. Halbjahr 2018 der Satzungsbeschluss gefasst werden könne.

Daraufhin wird der Antrag zurückgezogen.

Nr. 20: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 17 – Sanierung der Brücke am Latumer See – (Seite 589) den Ansatz von 50.000 € um 10.000 € auf 40.000 € zu reduzieren.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 21: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 17 – Sanierung der Brücke am Latumer See – (Seite 589) den Ansatz von 50.000 € um 41.000 € auf 9.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 22: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 17 – Sanierung der Brücke am Latumer See – (S. 589) den Ansatz von 50.000 € um 41.000 € auf 9.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Produkt 130.553.010 - Friedhofs- und Bestattungswesen, Seiten 595 - 599

Nr. 23: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Kostendeckungsgrad des Gebührenhaushaltes Friedhöfe auf 77% zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt den Antrag vor und betont, dass auch vor dem Hintergrund der künftigen Konkurrenz durch den Friedwald eine Gebührenerhöhung nicht sinnvoll sei.

Ratsherr Schönauer und Herr Fiebig weisen darauf hin, dass die Gebührensatzung bereits in der Sitzung am 08.11.2017 beschlossen worden sei.

Nr. 24: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 25: Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, eine neue Haushaltsstelle „Errichtung eines Kolumbariums“ einzurichten und die Kosten für den Bau bis zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses zu beziffern.

Herr Betsch führt aus, dass der Bau- und Umweltausschuss sich mehrheitlich gegen ein Kolumbarium ausgesprochen habe. Er erklärt, dass es auf Meerbuscher Friedhöfen andere Bestattungsmöglichkeiten gebe, die keine Pflege nach sich ziehen würden. Beispielhaft nennt er die Baumgrabstätten und Urnengrabstätten, die komplett mit einer Platte bedeckt werden können. Damit habe man der veränderten Nachfrage bereits Rechnung getragen. Die Bestattung in einem Kolumbarium sei sehr teuer und beliefe sich z.B. in Grevenbroich auf ca. 2.600 €. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass

möglicherweise die Forderung entstehen könne, auf jedem Friedhof ein Kolumbarium zu errichten. Er schlägt vor, dieses Thema im Arbeitskreis „Zukunft der Meerbuscher Friedhöfe“ zu behandeln.

Ratsfrauen Neukirchen und Niegeloh sind ebenfalls dieser Meinung. Darauf hin wird der Antrag zurückgezogen.

DEZ III – Fachbereich 5

Produkt 110.538.010 - Stadtentwässerung, Seiten 489 - 509

Nr. 26: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den kalkulatorischen Zinssatz von derzeit 6% auf 5% zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nr. 27: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 110 022 13 – Erschließung Auf dem Kamp (B-Plan 281) ABK – (Seite 495) den Ansatz 2018 von 100.000 € auf 0 € zu reduzieren. Die VE und die Finanzplanung 2019 werden von 342.000 € auf 0 € reduziert.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass der Aufstellungsbeschluss des neuen B-Plans bereits gefasst worden sei und die Auslegung schon abgeschlossen sei. Nun warte man auf verschiedene Gutachten. Technischer Beigeordneter Assenmacher geht davon aus, dass der Rat im 1. Halbjahr 2018 den Satzungsbeschluss fassen könne.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 28: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 110 022 18 – Kanalerweiterung und Erschließung Auf dem Kamp (B-Plan 281) ABK – (Seite 495) die Finanzplanung 2019 wird von 100.000 € auf 0 € reduziert.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Produkt 120.541.010 - Straßen, Wege, Plätze, Seiten 517 – 537

Nr. 29: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 4321 0000 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte – (Seite 517) den Ansatz von 24.000 € auf 0 € zu reduzieren. Die Finanzplanung 2019, 2020 und 2021 werden von jeweils 24.000 € auf 0 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig ist der Meinung, dass der Aufwand für die Erhebung der Terrassengebühr den Ertrag übersteige und spricht sich deshalb für eine Abschaffung der Gebühr aus.

Nr. 30: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Ratsherr Gabernig zieht den Antrag zurück und behält sich vor, Anträge zum Radverkehrskonzept in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses zu stellen.

Nr. 31: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291 0000 – Bauliche Unterhaltung und Verkehrsentwicklungsplan 2018 – (Seite 517) den Ansatz 2018 von 182.000 € um 50.000 € auf 132.000 € zu reduzieren. Die Finanzplanung 2019 wird von 232.000 € um 100.000 € auf 132.000 € und die Finanzplanung 2020 von 132.000 € auf 0 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig sieht aufgrund des Radverkehrskonzepts, einen guten Antrieb für den ÖPNV, den Bau der Unterführung Osterath und den anstehende Ausbau der A57 momentan nicht die Notwendigkeit der Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans. Man könne noch drei bis vier Jahre damit warten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass der letzte Verkehrsentwicklungsplan 20 Jahre alt sei. Ziel sei es, die Verkehrsströme zu optimieren. Es gehe nicht darum, neue Verkehrsachsen zu planen, sondern dafür zu sorgen, dass auf den vorhandenen der Verkehr besser fließe. Dafür sei die Erhebung aktueller Zahlen notwendig.

Sachkundiger Bürger Keiser fragt, ob es eventuell eine günstigere Alternative gebe. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Datenerhebung und –auswertung sehr aufwendig sei. Zudem sei eine ganzheitliche Betrachtung erforderlich.

Nr. 32: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt,

- 1) bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 517) zusätzlich 15.000 € für die Bezuschussung von Elektrolastenträdern zu veranschlagen,
- 2) bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 517) zusätzlich 20.000 € zur Verbesserung der innerörtlichen Wegweisung zu veranschlagen,
- 3) bei dem Konto 5291.0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 517) zusätzlich 20.000 € zur Verbesserung der Radwegemarkierungen zu veranschlagen,
- 4) bei dem Konto 7 120 010 09 7852 1000– Sanierung von Radwegen – (Seite 520) zusätzlich 50.000 € zur Einrichtung von Fahrradabstellplätzen zu veranschlagen
- 5) bei dem Konto 7 120 010 09 7852 1000– Sanierung von Radwegen – (Seite 520) für die Finanzplanung 2019 den Ansatz von 300.000 € um 700.000 € auf 1.000.000 €, für die Finanzplanung 2020 den Ansatz von 100.000 € um 900.000 € auf 1.000.000 € und für die Finanzplanung 2021 den Ansatz von 100.000 € um 900.000 € auf 1.000.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		2
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	10	0	6

Herr Unzeitig erklärt, dass im Haushalt 2018 bereits 30.000 € für Radwegemarkierungen vorgesehen seien. In Bezug auf Punkt d) des Antrags erklärt er, dass die für 2017 geplanten Kosten für den Böhleradweg (220.000 €) in das Jahr 2018 übertragen würden (Konto 7 120 011 17, Seite 522). Zu Punkt e) des Antrags verweist er auf die Erläuterungen zum Konto 7 120 010 09 (Seite 530). Die Mittel für den Radweg entlang der K9n seien bereits eingeplant.

Herr Fiebig erklärt, dass der Eingabefehler bei Konto 7 120 011 17 6810 000 - Investitionszuwendungen vom Bund – (Seite 522) beim Gesamtbedarf auf 152.600 € korrigiert werde.

Nr. 33: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Summe der Ansätze für investive Maßnahmen (S. 519) pauschal um 10% zu kürzen und 230.000 € als VE zu veranschlagen.

Ratsherr Meffert schlägt vor, dass die Verwaltung entscheiden solle, welche Straßen nicht saniert werden sollen. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es nötig sei, dass seitens des Ausschusses konkrete Vorschläge nötig seien, welche Maßnahmen entfallen sollen.

Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen und eventuell im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss neu gestellt.

Nr. 34: Beschlussantrag der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 010 04 (Seite 519) zusätzlich 30.000 € für die Mitverlegung von Leerrohren für die Breitbandversorgung zu veranschlagen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass bei zukünftigen Tiefbaumaßnahmen grundsätzlich Leerrohre mit verlegt würden und dieses in der Veranschlagung berücksichtigt sei.

Daraufhin wird der Antrag zurückgezogen.

Nr. 35: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 010 06 – Diverse Baumaßnahmen von untergeordneter Bedeutung – (Seite 519) den Ansatz von 30.000 € um 11.000 € auf 41.000 € für die Sanierung des Schützenplatzes Lank zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	14	0	2

Nr. 36: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5431 0000 – Geschäftsaufwendungen - (Seite 518) den Ansatz von 15.000 € um 50.000 € auf 65.000 € für die Planung eines Kreisverkehrs im Bereich Xantener Straße, Schlossstraße, Osterather Straße zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Nr. 37: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 010 09 – Sanierung von Radwegen – (Seite 520) den Ansatz von 470.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 38: Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 010 09 – Sanierung von Radwegen – (S. 520) den Ansatz von 470.000 € auf 0 € zu reduzieren und die VE von 300.000 € um 170.000 € auf 470.000 € zu erhöhen.

Ratsfrau Niegeloß erläutert am Beispiel des Radweges Friedensstraße, dass der Bau des Radweges im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept für diesen Bereich, also bis zur Dorfstraße zu betrachten sei. Die Verkehrsentwicklung in diesem Bereich sei jedoch noch nicht diskutiert worden. Lediglich wegen der beantragten Zuschüsse solle dieser Ansatz im Haushalt 2018 bleiben.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Grundsatzsanierungen im Ausschuss vorgestellt würden. Hier handle es sich jedoch lediglich um die Sanierung von bestehenden Radwegen, nicht um den Neubau. Die Sanierung sei Geschäft der laufenden Verwaltung.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 39: Beschlussantrag der FDP-Fraktion

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7 120 012 13 78XX XXXX– Unterführung Meerbusch-Osterath „Bahnhof“ (B-Plan 251), Sondermittel Unterführung - (Seite 523) 500.000 € zu veranschlagen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 40: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 012 16 – Erschließung auf dem Kamp – (Seite 523) eine Reduzierung des Ansatzes 2018 und der Finanzplanungen 2019 bis 2021 auf 0 €.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 41 Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7 120 012 XX – Umbau Görgesheideweg – (Seite 523) den Ansatzes 2018 von 0 € auf 250.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	6	11	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh begründet den Antrag damit, dass eine umfassende Lösung für den gesamten Bereich Görgesheideweg und Meyersweg gefunden werden müsse.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Verwaltung bereits auf die Eigentümer zugegangen sei, die Teile ihres Grundstückes für den Bau eines Fußgängerwegs verkaufen sollen. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, es sei jedoch abzusehen, dass keine Verkaufsbereitschaft bestehe. Da der Vorschlag der Verwaltung für dieses Gebiet in der Sitzung am 26.09.2017 abgelehnt worden sei, werde nun eine neue Lösung erarbeitet. Er weist darauf hin, dass man eine Aufteilung in zwei Teile vornehmen müsse. Der eine sei die Unterbindung des Durchgangsverkehrs, der andere das Gebiet um die K-Bahnhaltestelle Görgesheideweg. Für letzteres seien im Haushalt 2018 keine Mittel vorgesehen.

Produkt 120.541.020 - Straßenbeleuchtung, Seiten 539 – 560

Nr. 42: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 021 17 7852 0000– Weg am Böhlerwerk (Mataréstr. – Stadtgrenze Düsseldorf) – (Seite 542) den Ansatz von 0 € auf 68.000 € zu erhöhen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Maßnahme im Haushalt veranschlagt sei.

Herr Fiebig weist darauf hin, dass es sich um einen redaktionellen Fehler handle. Der Gesamtbedarf und der Ansatz 2018 beim Konto 7 120 021 17 6810 0000 betrage 47.600 €.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 43: Beschlussantrag der UWG-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 022 16 – Auf dem Kamp (B-Plan 281) – (Seite 543) den Ansatz von 60.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Produkt 120.545.010 - Straßenreinigung, Seiten 561 – 566

Es werden keine Anträge gestellt.

Produkt 120.546.010 - Parkraumbewirtschaftung, Seiten 569 - 571

Nr. 44: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 4321 0000 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte – (Seite 569) den Ansatz 2018 und die Finanzplanungen 2019, 2020 und 2021 von 117.000 € um 83.000 € auf 200.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	14	1	2

Dieser Antrag wurde unter TOP 2 beraten.

Nr. 45: Beschlussantrag der FDP-Fraktion:

Der Bau und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 4321 0000 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte – (Seite 569) den Ansatz 2018 und die Finanzplanungen 2019, 2020 und 2021 von 117.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Der Antrag wird aufgrund des vorherigen Beschlusses zurückgezogen.

Produkt 120.547.010 - ÖPNV, Seiten 575 - 579

Es werden keine Anträge gestellt.

Produkt 130.555.010 - Wirtschaftswege, Seiten 601 - 605

Nr. 46: Gemeinsamer Beschlussantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neu einzurichtenden Konto 7 130 555 01 7831 0000 - Erwerb von Vermögensgegenständen > 410 €- (Seite 603) den Ansatz von 0 € auf 10.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	1	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	16	1	0

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass 10.000 € für die Poller, nicht jedoch für die erforderliche Stromzufuhr ausreichen würden. Ratsfrau Neukirchen macht den Vorschlag, die Poller mit Solarstrom zu versorgen. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine diesbezügliche Prüfung zu.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Bau—und Umweltausschusses:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses, den Entwurf des Haushaltes 2018 für aller der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD			3
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	11	3	3

4 Anträge
4.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2017 zum Schutz des Vogelbestands auf Meerbuscher Stadtgebiet
Vorlage: DezIII/0182/2017
Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Kontakt zu BUND und NABU aufzunehmen, um mit deren Unterstützung Maßnahmen zum Schutz und zur Stabilisierung des Bestands an Vögeln auf Meerbuscher Stadtgebiet zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollten in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6	1	1
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	1	1

Ratsherr Welsch trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor. Er erläutert, dass viele Vogelarten auf städtischen Grünflächen gute Bedingungen vorfinden, so dass mit relativ kleinem Aufwand viel erreicht werden könne. Er führt als Beispiele die systematische Fütterung, die Förderung einer gesunden Insektenpopulation, den Dialog mit den Landwirten hinsichtlich vogelverträglicher Landschaften oder die Schaffung von Brutplätzen an.

Vertreter aller Fraktionen befürworten den Antrag und schlagen vor, dass konkrete Vorschläge erarbeitet werden sollen und dafür die Umweltverbände zu kontaktieren.

Frau Frey berichtet, dass es Daten der Biologischen Station in Bezug auf das Vorkommen von Kiebitzen gebe. Der Leiter der Biologischen Station könne jedoch keine Aussage darüber treffen, welche Vogelarten in welchem Umfang zurückgegangen seien. Sie erklärt weiterhin, dass ein Appell an die Landwirte bisher nicht erfolgreich gewesen sei. Auf dem Ökomarkt 2015 habe die Stadt Meerbusch an die Schulen Insektenhotels verteilt, die auf den Schulhöfen aufgehängt worden seien. Die Umsetzung der Einrichtung von Wildblumenwiesen sei auch ein Beitrag zur Förderung der Insektenpopulation.

Ratsherr Gabernig schlägt vor, dass seitens der Verwaltung eine Aufstellung der Maßnahmen, die bereits durchgeführt worden sind und eine Auflistung der Möglichkeiten zu erstellen.

5 Anfragen

5.1 Anfrage der SPD Fraktion vom 17.11.2017 zur Beleuchtung auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz Vorlage: FB5/0093/2017

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass der hintere Teil des Dr. Franz-Schütz-Platzes schlecht beleuchtet sei, da nur am Rand Leuchten installiert seien. Sie fragt, ob diese Situation der Verkehrssicherungspflicht entspreche.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass es keine gesetzlichen Vorschriften über die Ausleuchtung von Parkplätzen gebe. Von Seiten der Verwaltung seien keine Änderungen geplant.

Anmerkung der Schriftführerin: Beratungsvorlage und Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 21.01.2009 zur Beleuchtung auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz sind als Anlage beigefügt.

6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

7 Termin der nächsten Sitzung: 06. Februar 2018

8 Verschiedenes

8.1 Verkehrsicherung auf der Uerdinger Straße

Ratsfrau Neukirchen erklärt, dass im Haushalt 2017 20.000 € für technische Maßnahmen zur Einschränkung bzw. Verhinderung von verbotenem LKW-Verkehr auf der Uerdinger Straße 20.000 € veranschlagt worden seien. Sie stellt die Frage, ob die Mittel angesichts der Tatsache, dass bisher nichts geschehen sei, übertragen würden. Herr Fiebig erläutert, dass es im konsumtiven Bereich keine Mittelübertragungen gebe.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass auf der Uerdinger Straße an beiden Ortseingängen Schilder aufgestellt worden seien, die auf das LKW-Durchfahrtsverbot hinweisen. Ein Gespräch mit der Bürgerinitiative habe ergeben, dass momentan keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden und die Wirkung der Aufstellung der semistationären Streckenkontrolle durch den Rhein-Kreis Neuss abgewartet werden solle. Er erkundigte sich diesbezüglich beim Rhein-Kreis Neuss, welcher Zeitpunkt für die Aufstellung geplant sei.

8.2 Bushaltestelle an der Reha-Klinik Richtung Osterath

Ratsfrau Niegeloh berichtet über die Umstände an der Bushaltestelle an der Reha Klinik Richtung Osterath und fragt, ob dort eine Wartehalle geplant sei.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Ausschreibung für die 2. Phase der Umbauten der Bushaltestellen ist bereits veröffentlicht. Die o.a. Bushaltestelle erhält im Laufe des Jahres 2018 eine Wartehalle.

8.3 Lichtsignalanlage nach der Ausfahrt der A44

Ratsfrau Niegeloh weist auf die Gefahr hin, die nach der Ausfahrt Meerbusch-Lank von der A 44 beim Abbiegen auf die Xantener Straße bestehe.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass an dieser Stelle im ersten Halbjahr 2018 eine Lichtsignalanlage installiert werde.

8.4 Parkplatz am Bahnhof Osterath

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass der Parkplatz am Bahnhof Osterath tiefe Löcher aufweise.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Bauhof bereits mit der Beseitigung beauftragt sei.

8.5 Duschen im meerbad

Ratsfrau Niegeloh berichtet darüber, dass innerhalb des Duschbereiches Wandhaken fehlen würden. Infolge dessen müsse man die Handtücher im davorliegenden Flur ablegen, dort fehle aber ein Sichtschutz.

Herr Klein erklärt, dass das Problem bekannt sei und eine Änderung bereits in Auftrag gegeben worden sei.

8.6 Leitplanken gegenüber der Autobahnausfahrten von der A44

Der Ausschussvorsitzende Jürgens erkundigt sich danach, wann die Leitplanken gegenüber der Autobahnausfahrten von der A44 aufgebaut werden. Diese seien von großer Bedeutung für die Sicherheit der Schüler, die den Radweg benutzen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass darüber in einer der nächsten Sitzungen berichtet werde.

Meerbusch, den 8. Januar 2018

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in